



GEMEINSCHAFTS-DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Herbstprojektion 2019 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Herbstprojektion 2019 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Informationslage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Begründung des Ergebnisses

Die Herbstprojektion der Bundesregierung

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2019 um 0,5%, für das Jahr 2020 um 1,0% und für das Jahr 2021 um 1,3% (vgl. Tabelle 1). Für alle drei Jahre des Projektionszeitraums geht die Bundesregierung davon aus, dass die Wirtschaftsleistung in diesem und im kommenden Jahr deutlich schwächer zunimmt als das Produktionspotenzial. Dessen Wachstum setzt die Bundesregierung für das Jahr 2019 mit 1,4% und für die Jahre 2020 bis 2021 mit jeweils 1,5% an. Für die drei darauffolgenden Jahre erwartet die Bundesregierung einen Rückgang des jährlichen Anstiegs des Produktionspotenzials auf 0,9% im Jahr 2024, was im Wesentlichen auf demografische Faktoren zurückzuführen ist.

Veränderungen gegenüber der Frühjahrsprojektion 2019

Gegenüber der im April 2019 veröffentlichten Projektion hat die Bundesregierung an ihrer Prognose für die Zunahme des BIP im Jahr 2019 festgehalten, für das Jahr 2020 hat sie diese um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte werden nunmehr schwächer eingeschätzt. Ebenfalls schätzt die Bundesregierung die Dynamik der Bruttolöhne und Gehälter im Jahr 2020 um 0,7 Prozentpunkte geringer ein als noch im Frühjahr. Die Einschätzung zur Entwicklung des privaten Konsums wurde mit 0,4 Prozentpunkten – ähnlich wie die Gemeinschaftsdiagnose – nicht in demselben Maße angepasst.

ANSPRECHPARTNER

Dr. Claus Michelsen
DIW Berlin
Tel +49 30 897 89 458
cmichelsen@diw.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Einordnung der Herbstprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand Anfang Oktober. Die als Vergleichsmaßstab herangezogenen Institutsprognosen wurden bereits im September fertiggestellt. Gleichwohl weichen die Einschätzungen der Bundesregierung nur in geringem Maße von den vorliegenden Prognosen ab. Im laufenden Jahr 2019 erwartet die Bundesregierung ein etwas höheres nominales BIP, was sich maßgeblich durch eine etwas dynamischere Einschätzung der Entwicklung der Konsumausgaben des Staats und einer höheren Dynamik des Deflators der öffentlichen Konsumausgaben speist. Hierbei könnte eine Rolle spielen, dass die Institute die für dieses Jahr geplanten Ausgaben im Zusammenhang mit dem Pflegestärkungsgesetz nicht in vollem Umfang angesetzt haben. Die Institute gehen nicht davon aus, dass die Mittel vollumfänglich verwendet werden, da ein schneller Beschäftigungsaufbau in der Pflege angesichts des Mangels an Fachkräften in diesen Berufen nur allmählich vonstattengehen dürfte. Hinzu kommt, dass sich die Terms-of-Trade nach Einschätzung der Bundesregierung etwas besser entwickeln als dies beispielsweise in der Gemeinschaftsdiagnose angenommen wurde. Die prognostizierten Werte bewegen sich im Spektrum der vorliegenden Prognosen.

Für das Jahr 2020 rechnet die Bundesregierung mit weniger dynamischen privaten Konsumausgaben als in den meisten Prognosen angenommen. Hierzu könnte beitragen, dass in den meisten vorliegenden Prognosen mit einer kräftigeren Rentenanpassung gerechnet wurde und dies dem Anschein nach in der Projektion der Bundesregierung niedriger angesetzt wurde. Entsprechend schwächer entwickeln sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der Regierungsprojektion. Angesichts dessen sind die prognostizierten Werte für die Entwicklung der privaten Konsumausgaben plausibel. Allerdings könnte vor dem Hintergrund der beschlossenen Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags zum Jahresbeginn 2021 dann mit einer kräftigeren Konsumdynamik gerechnet werden. Die zusätzlichen Einkommen dürften nach Einschätzung der Bundesregierung wohl in größeren Teilen gespart werden, sodass die Konsumdynamik damit schwächer ausfällt. Die Bundesregierung bewegt sich mit dieser Prognose am unteren Rand des Spektrums der vorliegenden Prognosen. Die Institute rechnen in ihrer gemeinsamen Projektion mit nur sehr geringen Auswirkungen auf die Sparquote.

Insgesamt weicht die Einschätzung der Bundesregierung nur sehr geringfügig von den vorliegenden Prognosen der Institute ab. Diese Abweichungen können allerdings begründet werden. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet daher die vorgelegte Projektion.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Pro-

gnosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1**Herbstprojektion 2019 der Bundesregierung**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Annahmen							
BIP-Wachstum Welt	3,6	3,0	3,4	3,5			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	70,9	64,1	59,2	57,3			
Wechselkurs USD/Euro	1,18	1,12	1,12	1,12			
Makroökonomische Projektion							
BIP (nominal)	3,1	2,8	2,9	3,1			
BIP (preisbereinigt)	1,5	0,5	1,0	1,3			
Private Konsumausgaben	1,3	1,4	1,2	1,3			
Konsumausgaben des Staates	1,4	2,2	2,1	1,7			
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,5	1,9	2,0			
Ausrüstungsinvestitionen	4,4	0,6	1,0	2,1			
Bauinvestitionen	2,5	3,8	2,2	1,6			
Investitionen in sonstige Anlagen	4,3	2,5	3,0	3,0			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	2,1	1,0	2,0	2,8			
Importe von Waren und Dienstleistungen	3,6	2,6	3,3	3,5			
Inländische Verwendung ¹	2,0	1,1	1,4	1,5			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	0,3	-0,6	0,0	0,0			
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag) ¹	-0,4	-0,6	-0,4	-0,2			
BIP-Produktionspotenzial	1,5	1,4	1,5	1,5	1,2	1,0	0,9
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,5	0,4	0,4	0,4			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,4	0,5	0,5	0,5			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,6	0,5	0,6	0,6			
Preise							
BIP-Deflator	1,5	2,3	1,9	1,8	1,7	1,7	1,7
Deflator des privaten Konsums	1,5	1,4	1,5	1,5			
Verbraucherpreisindex	1,8	1,5	1,6	1,6			
Deflator des Staatskonsums	1,8	2,6	2,1	1,7			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,7	3,0	2,8	2,8			
Deflator der Exporte	0,9	0,7	0,6	0,9			
Deflator der Importe	1,8	-0,1	0,6	0,9			
Arbeitsmarkt							
Erwerbstätigkeit (Inland)	1,4	0,8	0,3	0,4			
Arbeitslosenquote (BA)	1,3	0,7	0,5	0,3			
Bruttolöhne und Gehälter	5,2	5,0	5,1	5,0			
Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer	4,8	4,1	3,2	3,2			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	0,2	-0,4	0,8	0,9			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	0,3	-0,2	0,5	1,0			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Anlage

Zur Anhangstabelle der Herbstprojektion 2019 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen vgl. [hier](#).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Dr. Claus Michelsen
 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)
 Tel +49 30 897 89 458
cmichelsen@diw.de